POLITISCHE DIMENSIONEN DER WEIBLICHEN GENITALVERSTÜMMELUNG IN AFRIKA

Dr. Rasheed Akinyemi

Institut für Politikwissenschaft Universität Wien - Austria (Juni 2000)

AFRICAN WOMEN'S ORGANIZATION



AFRICAN WOMEN'S ORGANIZATION

Schwarzspanierstraße 15/1/2 A-1090 Wien office@help-africanwomen.org www.help-africanwomen.org



POLITISCHE DIMENSIONEN DER WEIBLICHEN GENITALVERSTÜMMELUNG (FGM) IN AFRIKA

Dr. Rasheed Akinyemi Institut für Politikwissenschaft Universität Wien - Austria (Juni 2000)

Einführung

Die weibliche Genitalverstümmelung, eine in vielen Entwicklungsländern weit verbreitete Praktik, ist in den letzten Jahren durch das aktive Engagement von Betroffenen und Opfern dieser Praxis zu einem Thema geworden, das Anlass zur Sorge gibt. Nichtregierungsorganisationen, sowohl in Entwicklungs- als auch in Industrieländern, sind maßgeblich daran beteiligt, ein öffentliches Bewusstsein für die Umstände, Auswirkungen und zukünftige Strategien zu schaffen, um dem ein Ende zu setzen, was als eine der grundlegendsten Verletzungen der Menschenrechte von Frauen bezeichnet wird. Der Versuch, die öffentliche Aufmerksamkeit für die FGM-Praxis zu wecken, ist auch ein Schritt nach vorne, um die politische Dimension der Praxis zu betrachten und die Platzierung der FGM-Diskussion auf der politischen Agenda der nationalen Regierungen und des internationalen politischen Forums zu erzwingen.

Die politische Dimension von FGM hat jedoch aufgrund der Konzentration auf den kulturellen, traditionellen und religiösen Hintergrund der FGM-Praktiken weniger Aufmerksamkeit erhalten. Die Literatur und Forschung zu FGM in den letzten Jahren zeigt, dass sich die Forscher intensiv mit den verschiedenen Formen der FGM-Praktiken und den unterschiedlichen Gründen für die Praktiken beschäftigt haben. Die politische Dimension der Praktiken ist jedoch weniger erforscht worden. Es gibt keinen Versuch, die politischen Systeme zu untersuchen und wie sie die Praxis von FGM begünstigt oder unterstützt haben. Dieses Versäumnis in der Forschung könnte auch für die Unfähigkeit verantwortlich sein, politische Lösungen aufzuzeigen, die für die Diskussionen über die Ausrottung von FGM in den Entwicklungsländern, in denen sie praktiziert wird, nützlich sein könnten. Das richtige Verständnis von FGM und Strategien zur Beendigung der Praxis greifen zu kurz, wenn die



politische Dimension von FGM nicht berücksichtigt wird. Um diese politische Dimension verstehen zu können, ist es wichtig, sich mit folgenden Aspekten zu beschäftigen.

Afrikanische politische Systeme und FGM

Die Frage nach der politischen Verantwortung für die Praxis von FGM sollte innerhalb des jeweiligen Typs von politischem System diskutiert werden, unter dem FGM besonders praktiziert wird. Es wurde schon oft darauf hingewiesen, dass die Gründe für die Praxis von FGM nicht auf eine einzige Ursache zurückgeführt werden können und es sich nicht um eine Besonderheit einer bestimmten Gesellschaft oder einer bestimmten Kultur handelt. Auch heutzutage ist die Praxis nicht mehr auf Entwicklungsländer beschränkt. Es gibt Hinweise darauf, dass in einigen europäischen Ländern FGM an weiblichen Einwandererkindern praktiziert wird, die in Europa leben.

In Afrika liegt die politische Verantwortung für die Praxis von FGM jedoch eher in der Kontrolle der einheimischen politischen Strukturen und Systeme, denn unter diesem System definieren die meisten Afrikaner ihre sozialen, politischen und kulturellen Identitäten. Die Machtstrukturen indigener politischer Systeme setzen sich aus einigen Strukturen und Institutionen zusammen, die Persönlichkeiten mit höherem sozialen Ansehen umfassen. Aufgrund der engen Beziehung zwischen politischer Macht und traditionellem Glauben sind viele Praktiken, die innerhalb der politischen Domäne des indigenen politischen Systems stattfinden, in die Verantwortung des Systems übergegangen.

Dies ist der besondere Fall einer solchen Praxis wie der FGM in Afrika. Die soziale Relevanz der FGM-Praxis sowohl für die einzelnen Familien, für die Praktizierenden von FGM als auch für die Aufrechterhaltung des sozialen und politischen Zusammenhalts der Gesellschaft ist in traditionellen Systemen sehr wichtig und jeder Versuch, eine solche Praxis zu unterbinden, wird als Bedrohung für das System gesehen. Es besteht ein wechselseitiges Interesse des Machterhalts zwischen den Beschützern von Traditionen und Kulturen und den Beschützern von politischen Institutionen und Macht. In einigen Fällen sind dies dieselben Machtinhaber. Aufgrund der unmittelbaren Beziehung und des Einflusses der traditionellen politischen Systeme auf das Leben und die täglichen Aktivitäten der Mehrheit der Afrikaner kann leicht argumentiert werden, dass die Ausrottung von FGM in Afrika nicht leicht erreicht werden kann, wenn es keinen starken Prozess der Bewusstseinsbildung unter der Bevölkerung des ländlichen Afrikas und innerhalb der politischen Führung der indigenen Systeme gibt.



Politische Verantwortung

Bei der Frage der politischen Verantwortung müssen wir uns der Strukturen und Institutionen der gegenwärtigen politischen Systeme und der dominierenden Macht der Nationalstaaten Afrikas bewusst sein. Die politische Realität Afrikas besteht darin, dass die Völker Afrikas im Bereich von zwei verschiedenen politischen Systemen und Autoritäten leben. Das erste und wichtigste ist, wie oben erwähnt, das indigene System. Dies ist das System, das die Loyalität der Mehrheit der Afrikaner genießt, und die Legitimität dieses Systems liegt darin, dass es keine Gewalt gegen die Menschen anwendet, um Anerkennung zu erlangen. Die Afrikaner identifizieren sich mit dem System, weil es kein fremdes ist und ihnen nicht aufgezwungen wurde. Das Gegenteil ist der Fall des modernen afrikanischen Staates mit dem gegenwärtigen politischen System. Diese beiden Systeme stehen im Widerspruch zueinander, sowohl in Bezug auf ihre Aufgaben als auch in Bezug auf die Werte und Interessen, die sie vertreten. Während die traditionellen Systeme bestrebt sind, die kulturellen und traditionellen Werte und Praktiken zu schützen und zu erhalten, geht der moderne afrikanische Staat mit der modernen politischen Elite mit zweierlei Maß um. Während sie beabsichtigen, moderne und manchmal auch westliche Werte zu fördern, fällt es ihnen schwer, die Verantwortung für einige traditionelle und kulturelle Riten zu übernehmen, die nicht mit den neuen Werten, die propagiert werden, vereinbar sind. Dies ist der Fall bei der FGM-Praxis in Afrika. Postkoloniale afrikanische Führungspersönlichkeiten haben sich weniger um das Thema FGM gekümmert, weil auch sie die Argumente der kulturellen, religiösen und traditionellen und männlich dominierten Argumente zur Unterstützung der FGM-Praxis leicht unterstützt haben. In seinem anthropologischen Buch über die Kikuyu-Gesellschaft (Jomo Kenyatta: Facing Mount Kenya. Erstmals veröffentlicht 1938. Die Referenz in dieser Präsentation basiert auf der kenianischen Ausgabe, Nairobi, 1989). Der erste Präsident Kenias, Jomo Kenyatta, wies auf die politische Bedeutung der Praxis der "irua" hin, "das ist die Beschneidung oder das Beschneiden der Genitalien beider Geschlechter". Er schrieb: "Es ist wichtig zu beachten, dass der moralische Kodex des Stammes mit diesem Brauch verbunden ist und dass er die Einheit der gesamten Stammesorganisation symbolisiert". Daher wird die FGM nicht nur als "rite de passage" in der ehelichen Beziehung angesehen, sondern sie ist auch ein wichtiger Faktor in der Stammespsychologie der Kikuyu, "diese Operation wird immer noch als die Essenz einer Institution angesehen, die enorme erzieherische, soziale, moralische und religiöse Implikationen hat, ganz abgesehen von der Operation selbst Daher bedeutet die Abschaffung des chirurgischen Elements in diesem Brauch für die Kikuyu die Abschaffung der gesamten Institution". Wie wir bereits erwähnt haben, liegt die politische Verantwortung für die Praxis der FGM in den politischen Strukturen und Systemen, innerhalb derer dieser Brauch stattfindet. Im Fall der Kikuyu ist also das indigene politische System verantwortlich. Es erkennt die Praxis als Teil der



Identität, der politischen Kultur an. Sie erkennt es auch als ein wesentliches Element an, das die Gesellschaft zusammenhält. Sie bestraft auch jeden, der sich nicht an diese Praxis hält, durch die einzelnen Familien, aus denen diese Gesellschaft besteht. Wie Kenyatta im Fall der detribalisierten Kikuyu erwähnte, die eine sexuelle Beziehung oder verheiratete Frauen haben, die diese Operation nicht durchlaufen haben. "Wenn das passiert, muss ein Mann oder eine Frau durch eine zeremonielle Reinigung gehen" oder "sie müssen sich von der Frau, die außerhalb des starren Stammesbrauchs geheiratet hat, scheiden lassen und dann ein Mädchen mit der anerkannten Stammesqualifikation heiraten. Gelingt dies nicht, werden sie verstoßen und enterbt". (Zitate in dieser Darstellung stammen aus Jomo Kenyatta, Facing Mount Kenya, Nairobi, 1989).

Dies erklärt, warum die heutigen politischen Führer in den afrikanischen Gesellschaften keinen politischen Willen oder kein Signal gezeigt haben, in diese Praktiken einzugreifen. Sie wird als integraler Bestandteil des einheimischen politischen Systems und der Strukturen betrachtet. Daher würde ein Eingreifen den Versuch bedeuten, das System zu stören, und dies würde zu einer politischen Konfrontation zwischen der einheimischen politischen Elite und sich selbst führen. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die postkolonialen afrikanischen Staaten zwei unterschiedliche politische Systeme bewohnen. Auch das Verhältnis von Staat und Gesellschaft ist von diesen Systemen abhängig. Auf der einen Seite identifizieren sich die 80% der Afrikaner immer noch eng mit diesem indigenen System, weil dort ihr unmittelbares soziales, politisches und wirtschaftliches Leben geregelt ist und sie von dem neuen politischen System nahezu unberührt sind. Auf der anderen Seite steht der afrikanische Nationalstaat mit seinen Strukturen und Institutionen in direkter Beziehung zu den restlichen 20% der Bevölkerung, die in den urbanen Zentren leben und deren tägliches Überleben von den politischen Entscheidungen der neuen politischen Klasse und den staatlichen Institutionen abhängt.

Wir können weiter argumentieren, dass die absichtliche Aufrechterhaltung dieses Brauchs durch die neue politische Klasse zeigt, dass ihre politische Legitimität immer noch davon abhängt, den indigenen Kulturen und Traditionen Respekt und Achtung entgegenzubringen, weil sie sich in Zeiten der Suche nach politischer Unterstützung immer noch an die Führung dieser indigenen Systeme wenden müssten. Afrikas moderne Staaten und ihre politischen Eliten befinden sich in einer Situation des Wettbewerbs um Ressourcen und in einer Legitimationskrise. Im besten Fall sieht die moderne politische Klasse Afrikas das Thema FGM als kulturelles Phänomen, im schlimmsten Fall wird es als reine Privatangelegenheit betrachtet. Dies sind einige der Gründe, warum es kaum ernsthafte politische und rechtliche Schritte gibt, um die FGM-Praxis zu stoppen.



Diese Frage der politischen Verantwortung kann jedoch nicht beiseite geschoben werden, da die FGM-Praxis als grobe Verletzung der Menschenrechte von Frauen identifiziert wurde und als solche die Achtung und der Schutz der Menschenrechte in der verfassungsrechtlichen Verantwortung der einzelnen afrikanischen Staaten liegt. Die Verletzung von Völkern und Menschenrechten beinhaltet das Fehlen eines angemessenen Schutzes vor traditionellen, religiösen und gewohnheitsmäßigen Praktiken, die nicht im Einklang mit der Würde und dem Respekt von Individuen und Völkern stehen. Es ist die Verletzung von Völkern und Menschenrechten, wenn der Staat innerhalb seines politischen und geographischen Territoriums irgendein politisches System duldet, ob indigen oder nicht, das Rituale und Praktiken erzwingt, die den psychischen und physischen Zustand seiner Bevölkerung beeinträchtigen. Ungeachtet der Argumente des verstorbenen kenianischen Präsidenten Jomo Kenyatta ist der kenianische Staat, wie jeder andere afrikanische Staat, für das Fortbestehen von FGM verantwortlich und es liegt in der Verantwortung der politischen Führung, in Zusammenarbeit mit der indigenen politischen Führung alles zu tun, um FGM in ihren Gesellschaften auszurotten. Bevor wir auf die Frage eingehen was getan werden kann, ist es an dieser Stelle wichtig, einige der bisher unternommenen Schritte zu erwähnen. In den letzten Jahren und aufgrund des Drucks der internationalen Gemeinschaft und des allmählichen Bewusstseins einiger afrikanischer Frauenorganisationen haben einige Länder begonnen sich darum zu bemühen, dass FGM in ihren Ländern ein Thema der Vergangenheit wird. Diese Bemühungen basieren auf gesetzlichen Verlautbarungen, die FGM verbieten und zu einem Straftatbestand machen. Allerdings verfügen diese Länder nicht über ausreichende Daten über das Ausmaß und die Intensität der der Praxis. Das bedeutet, dass es fast unmöglich ist, die Auswirkungen und den Erfolg dieser gesetzlichen Verlautbarungen zu messen.

Was kann getan werden?

Im Jahr 1930 sprach das britische Unterhaus das Thema Klitoridektomie an und die Frage, was getan werden kann um diese Praxis auszurotten. Ein Ausschuss von Parlamentsmitgliedern wurde eingesetzt, um die Angelegenheit zu untersuchen. Jomo Kenyatta wurde eingeladen dem Komitee beizuwohnen, um die Sichtweise der Kikuyu zu diesem Thema darzulegen. Das Komitee der Parlamentsmitglieder kam dann zu dem Vorschlag, dass der beste Weg, mit dem Problem umzugehen, in der Erziehung und nicht in einem Erlass bestünde, und dass es am besten sei, den betroffenen Menschen die freie Wahl zu lassen, welcher Brauch am besten zu ihren veränderten Bedingungen passte. 1931 fand in Genf unter der Schirmherrschaft des Save the Children Fund eine Konferenz über afrikanische Kinder statt, auf der Vertreter der westlichen Welt die Abschaffung des "barbarischen" Brauchs per



Gesetz forderten. Es wurde vorgeschlagen, dass die afrikanischen Länder Gesetze erlassen sollten, die den Brauch der Klitoridektomie unter Strafe stellen sollten. Die populäre Position war jedoch die der Bildung, die es dem Volk ermöglicht zu wählen, welche Bräuche es beibehalten und welche es loswerden möchte. Wir sollten nicht vergessen, dass die beiden historisch erwähnten Anlässe, die alle in Jomo Kenyattas Buch nachgezeichnet werden, in der Zeit des Kolonialismus stattfanden, in der die Kolonialverwaltung für die Verwaltung und Gesetzgebung in Afrika verantwortlich war.

Daher sollten wir auch den Beitrag der Kolonialmacht zur Aufrechterhaltung und Verlängerung von FGM hinterfragen. Natürlich ist die Option der Bildung für die Menschen, mehr Bewusstsein über die Möglichkeit zu schaffen, eine Wahl über die Art des Brauchs zu haben, die sie bevorzugen würden, eine akzeptable Option, aber inwieweit wurde diese Option unter der Kolonialverwaltung in afrikanischen Ländern bewusst umgesetzt? Sicherlich war das koloniale Bildungssystem nicht auf die Bewusstseinsbildung der Menschen ausgerichtet, sondern sollte eine Gruppe von Menschen hervorbringen, die für den Betrieb und das Funktionieren der kolonialen Wirtschaft und Verwaltung hilfreich sein würde. Die wenigen, die das Privileg hatten, die koloniale und missionarische Bildung in den 1930er Jahren bis zum Ende des Kolonialismus zu genießen, waren die Elite der postkolonialen Periode, deren Klassenbildung von größerer Bedeutung war als die Schaffung eines Bewusstseins, das die Art von "rationalem" Denken unter dem "stammesgebundenen und barbarischen" afrikanischen Volk anregen würde. Daher können wir argumentieren, dass die Art von Bildungssystem, die notwendig war, um zur Ausrottung von Klitoridektomie oder FGM zu führen, während der Kolonialzeit nicht breit in die Massen eingeführt wurde.

Die postkolonialen afrikanischen Staaten entstanden als moderne Nationalstaaten mit dem Auftrag, ihre Gesellschaften zu modernen Gesellschaften mit neuem Orientierungssinn zu entwickeln, vor allem mit der Absicht, in den Menschen ein Nationalgefühl zu schaffen. Der soziale und wirtschaftliche Zustand der afrikanischen Massen war jedoch unterentwickelt, Armut und Krankheiten grassierten. Die politische Situation war so, dass die Führer sehr mit der Konsolidierung ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht beschäftigt waren, was schließlich zu verschiedenen Formen des Machtkampfes führte. Die postkolonialen politischen Verhältnisse waren nicht dazu angetan, FGM durch Bildung oder andere soziale Programme zu eliminieren. Die übrige Geschichte der Entwicklungsmisere Afrikas in der postkolonialen Zeit bestand aus Bürgerkriegen, militärischen Interventionen in die Politik, Dürren, Umweltzerstörung, politischen Diktaturen, Korruption, hoher Auslandsverschuldung, Strukturanpassungsprogrammen, Staatszerfall und mehr Armut. Unter diesen Bedingungen wird die FGM-Praxis noch verstärkt, weil der Staat nicht in der Lage ist, Autorität auszuüben und auch nicht in der Lage ist, die Menschen zu versorgen, noch ist der Staat in



der Lage, die Menschen vor Verletzungen ihrer Rechte zu schützen. Daher werden die indigenen politischen Strukturen stärker und beliebter bei den Menschen. Sie werden auch sozial, politisch und wirtschaftlich relevanter für das Leben der Menschen als der moderne Nationalstaat, dessen Existenz und Relevanz jeden Tag abnimmt.

Daher sollte jede sinnvolle Lösung für die Probleme von FGM an der Basis beginnen, wo die indigenen politischen Systeme noch sehr relevant sind. Dies ist der politische Bereich, in dem der Prozess der Bewusstseinsbildung in erster Instanz stattfinden sollte. Auf dieser Ebene der Gesellschaft sollten die Bemühungen zur Eliminierung der FGM-Praxis beginnen und sich stark konzentrieren, und hier sollten die Bemühungen zur Beseitigung von Armut und Unterentwicklung ansetzen. Alle Bemühungen sollten auf die Prävention und nicht auf die Bestrafung derjenigen gerichtet sein, die an FGM-Praktiken beteiligt sind. Weibliche Genitalverstümmelung hat mehr soziale als rechtliche Auswirkungen. Alle anderen Argumente, wie z.B. Kultur, Tradition oder auch Sexualität, können nur durch eine soziale und wirtschaftliche Umgestaltung der Gesellschaft angegangen werden. Der rechtliche Aspekt der Bekämpfung von FGM kann nur wirksam sein, wenn die sozialen und wirtschaftlichen Probleme angesprochen und gelöst werden.

Die Strafverfolgung allein kann und sollte nicht das Mittel sein, mit dem FGM bekämpft werden kann. Die politischen Entscheidungsträger sollten politischen Willen zeigen, indem sie das Thema FGM ganz oben auf ihre Sozial- und Entwicklungsagenda setzen. Das Thema sollte politische Diskussionen und Debatten anziehen und gleichzeitig das Umfeld für das Empowerment von Frauen, politisch und wirtschaftlich, schaffen. Der rechtliche Aspekt der gesamten Dimension sollte dann in die Verfassung eines jeden afrikanischen Landes aufgenommen werden und die Gesetzgeber für die Umsetzung von FGM und geschlechtersensiblen Programmen in allen Bereichen der Gesetzgebung und in allen Fragen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung verantwortlich machen. Die wichtigste Lösung zur Ausrottung von FGM soll durch Aufklärung erreicht werden, die auf Bewusstseinsbildung für Männer und Frauen, für Jugendliche und Erwachsene und für die ländliche und städtische Bevölkerung sowie für Traditionalisten und Modernisten ausgerichtet ist.



Schlussfolgerung

Die Träger all dieser Prozesse der Bewusstseinsbildung und der sozialen und entwicklungspolitischen Agenden sind schließlich die Mitglieder der Zivilgesellschaft und die verschiedenen nichtstaatlichen Institutionen. Die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft in Afrika in Zusammenarbeit mit ihren Pendants in der westlichen Welt wird für die öffentliche Bewusstseinsbildung notwendig sein. Dabei sollte sich die Zivilgesellschaft nicht als Alternative zum Staat verstehen, sondern als Partner des Staates. Ihr Interesse ist es, dem Staat bei der Identifizierung und Umsetzung grundlegender sozialer und wirtschaftlicher Programme zur Beseitigung der Armut zu helfen. Es ist auch ihre Aufgabe, den Staat bei der Förderung des politischen und sozialen Bewusstseins und der Regulierung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft zu unterstützen. Diese Funktionen der Zivilgesellschaft sind sehr wichtig für das Erreichen von Entwicklungszielen, wo der Staat versagt hat oder wo der Staat nicht in der Lage war, die Menschen zu erreichen, vor allem auf der Basisebene. Allerdings muss die Zivilgesellschaft als solche auch menschenorientiert sein und darf nicht elitär in ihren Strukturen und Ansätzen bleiben. Die Zivilgesellschaft sollte bereit sein, sich von städtischen zu ländlichen Strukturen und von männerdominierten zu geschlechtergerechten zu dezentralisieren. NROs, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, sollten so sensibel sein, dass alle Entwicklungsprojekte Maßnahmen enthalten, die sich mit FGM befassen und auf die Abschaffung dieser Praxis abzielen. Sie sollten mit afrikanischen NROs zusammenarbeiten, um mehr Einblick in lokale und indigene Praktiken zu bekommen. Sie müssen auch die Reaktionen der lokalen politischen Führer und anderer Persönlichkeiten verstehen, damit ein sinnvolles Entwicklungsprogramm akzeptiert wird. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Programme die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Positionen derjenigen beeinflussen könnten, die an der Ausübung der FGM-Praxis beteiligt sind.

Die Regierungen der Industrieländer sollten auch darauf achten, dass die Entwicklungshilfe und die Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten den Schwerpunkt auf die Problematik von FGM legen, anstatt zu viel "Richtlinien" zu verlangen, sie sollten FGM-Sensibilität zur Bedingung für Entwicklungshilfe machen. Auf diese Weise wird FGM zu einem integralen Bestandteil des Diskurses in der Entwicklungszusammenarbeit.

Abschließend bleibt zu erwähnen, dass es sich bei traditionellen und kulturellen Praktiken um komplexe Phänomene handelt, die mit verschiedenen Untersuchungsmethoden angegangen werden müssen. Die Rolle der Sozialwissenschaften und anderer Naturwissenschaften ist wichtig, denn nur durch eine adäquate Kenntnis des historischen Ursprungs sozialer Phänomene können wir verstehen, wie sie mit der Geschichte und dem Hintergrund der Menschen zusammenhängen. Nur dadurch können wir auch die Maßnahmen



verstehen, die zu ergreifen sind, um keine sozialen Verwerfungen in einer Gesellschaft zu verursachen. Wir sollten uns auch darüber im Klaren sein, dass die Einführung ausländischer Lösungen für Probleme, die einen bestimmten einheimischen Ursprung haben, weitere Probleme und Konflikte einer anderen Dimension mit sich bringen könnte. Daher muss mehr Wissen über die Gesellschaften und die Phänomene, mit denen wir es zu tun haben, erworben werden, besonders im Fall von FGM, wo es keine ernsthaften wissenschaftlichen Beweise für den Ursprung und den historischen Hintergrund der Praxis gibt. Während die Forderung nach der Abschaffung von FGM breite Unterstützung finden sollte, sollten die politischen Dimensionen von FGM intensiv erforscht werden, um die sozialen Lösungen mit den politischen in Verbindung bringen zu können.

